

Einleitung

Kann die Gesellschaft vernünftig sein? Aus der Perspektive der kontemporären Soziologie muss eine derartige Frage den Verdacht der Naivität auf sich ziehen. Die Soziologie, schon durch ihren Entstehungskontext im 19. Jahrhundert für eine nachaufklärerische Haltung prädestiniert, tritt zunehmend als eine rationalitätsskeptische Wissenschaft auf, die ihre kritische Pointe in der Entzauberung überzogener Vorstellungen vom vernünftigen Funktionieren und der rationalen Steuerbarkeit der Gesellschaft findet. Ein durch soziologische Forschung geschärftes Bewusstsein für die Komplexität und Differenziertheit der modernen Gesellschaft (und damit die Vielzahl lokaler ›Rationalitäten‹) hat diese Skepsis bis zu einem Punkt getrieben, an dem die Beschreibbarkeit der Moderne unter dem Aspekt der Rationalität insgesamt zweifelhaft scheint. Auch die Werber'sche Idee, Modernisierung als vereinseitigte Rationalisierung zu beschreiben, oder der Versuch der Kritischen Theorie, Gesellschaftsprobleme als »Pathologien der Vernunft« zu fassen (Honneth 2007), werden mittlerweile eher skeptisch aufgenommen. Man scheint der Gesellschaft nicht einmal mehr Unvernunft zutrauen zu wollen.

Zu einer für selbstverständlich gehaltenen Antwort geraten aber auch die Frage und das damit verbundene Problembewusstsein in Vergessenheit. Gerade wegen des großen innerfachlichen Erfolgs der Rationalitätskritik ist zu fragen, ob die soziologische »Abklärung der Aufklärung« (Luhmann 1967) nicht ebenfalls ihre ›blinden Flecken‹ produziert. Gibt es möglicherweise Phänomene, die die Soziologie gerade deshalb nicht adäquat fassen kann, weil sie soziale Rationalitätspotenziale unterschätzt oder aus konzeptuellen Gründen übersieht?

Ein interessanter Testfall für diese Vermutung ist das Phänomen politischer Deliberation. Während der Zusammenhang von Vernunft und gesellschaftlicher Selbstbestimmung in der Soziologie kaum noch Thema ist, ist in der demokratischen Praxis und ihrer philosophischen und politikwissenschaftlichen Reflexion eine Renaissance dieser Idee zu beobachten. ›Deliberative Demokratie‹ bezeichnet nicht nur ein mittlerweile dominantes Paradigma der Demokratietheorie, sondern auch eine reale Veränderung demokratischer Partizipationsmodi. Angeregt von einer Theorie, die die Kapazität von Öffentlichkeiten für rationale und demokratische Selbstbestimmung zentral setzt, ist nicht nur der öffentliche Diskurs in demokratietheoretisch zentrale Position gerückt, es entstehen auch eine Vielzahl von Formaten deliberativer »Mini-Öffentlichkeiten« (Fung 2003), die das demokratische Versprechen der Volkssouveränität durch neue und qualitativ bessere Partizipationsmöglichkeiten in demokratischen Verfahren einlösen wollen. Die Frage nach der Vernunft

der Gesellschaft wird hier in den Komparativ gesetzt und dadurch entschärft: Kann die Gesellschaft vernünftiger sein? (vgl. etwa Peters 1993) – und eine affirmative Antwort ist für große Teile der Deliberationstheorie und -forschung so selbstverständlich, dass sie als stillschweigende Prämisse mitlaufen kann. Dabei lassen sich im Rahmen empirischer Studien immer wieder verblüffende Lern- und Informationsgewinne, gesteigertes politisches Interesse und erhöhte Sensibilität für andere Standpunkte als Resultat deliberativer Verfahren demonstrieren. Was auf Basis soziologischer Standardannahmen zum Komplexitätsgefälle zwischen professioneller Politik und Alltagswissen und zu den Kommunikationshürden zwischen verschiedenen Milieus bestenfalls unwahrscheinlich scheint, wird hier scheinbar umstandslos umgesetzt: die verfahrensmäßige Institutionalisierung vernünftiger, direktdemokratischer Willensbildung in kulturell heterogenen politischen Systemen.

Auch wenn die Ergebnisse dieser Verfahren geeignet sind, gängige soziologische Vorurteile zu irritieren, hat die Soziologie das Thema der Deliberation bisher fast vollständig ihren sozialwissenschaftlichen Nachbarwissenschaften überlassen. Dabei handelt es sich nicht bloß um funktionale Arbeitsteilung zwischen den Disziplinen, was man daran erkennen kann, dass das Fehlen einer soziologischen Perspektive auch in der Deliberationsforschung selbst bemängelt wird. Einer ihrer prominenten Praktiker urteilt, die Deliberationsforschung zeichne sich durch eine fast exklusive Konzentration auf normative Randbedingungen deliberativer Verfahren aus und könne Deliberation zwar als Prozessideal, nicht aber als reale kulturelle Praxis verstehen (Ryfe 2007: 2). Dies führt zu Schwierigkeiten bei der Interpretation der Forschungsergebnisse. Auf einen zweiten Blick scheinen die mit erheblicher methodischer Raffinesse produzierten Ergebnisse der Deliberationsforschung nämlich nicht mehr völlig konklusiv, da sich die *Ursachen* der Verfahrensergebnisse nicht klar bestimmen lassen. Weil ein deskriptiver Begriff der Deliberationspraxis fehlt, sieht sich die Deliberationsforschung häufig vor das Problem gestellt, auch nach der Durchführung empirischer Studien nicht sicher sein zu können, ob denn Deliberation stattgefunden habe und falls ja, wie man dies hätte erkennen können (Mutz 2008; Knobloch et al. 2013; Gerber et al. 2014). Über die Ideale ist man sich hinreichend im Klaren, aber ihr Wirken in der Welt ist scheinbar unerforschlich. Eine solche fast theologisch anmutende Problemstruktur ist für eine empirische Wissenschaft ungewöhnlich.

Die Grundproblematik der empirischen Deliberationsforschung wird hier nicht referiert, um sie aus ›abgeklärter‹ Perspektive zu belächeln. Vielmehr ist das Phänomen deliberativer Meinungsbildung auch eine Herausforderung für die soziologische Theorie. Der Phänomenbereich deliberativer Verfahren ist soziologisch gleichermaßen irritierend und anregend, weil in solchen Verfahren Situationen erzeugt werden, die

typische, normalerweise zur soziologischen Handlungserklärung herangezogene Motive der Akteure ausschalten. Es handelt sich um Situationen, in denen es prima facie durchaus plausibel ist, die empirisch nachweisbaren Meinungsänderungen nicht auf latente Interessen, dumpfe Gewöhnung oder sachfremde Gruppendynamiken, sondern auf die Überzeugungskraft der Rede selbst zurückzuführen. Die Deliberationsforschung liefert also Anschauungsmaterial für die Vermutung, dass es Phänomene gibt, die unter einer empiristischen oder vermeintlich ›realistischen‹ Beschreibung nur unzulänglich dargestellt werden können. Zu vermuten ist, dass ›Rationalität‹ oder ›Öffentlichkeit‹ Begriffe sind, von deren normativem Gehalt nur um den Preis einer Verkürzung ihrer Bedeutung – und das heißt auch ihrer realen Bedeutung in der Gesellschaft selbst – abgesehen werden kann.¹ Theoretische Konzepte zu entwickeln, mit deren Hilfe derartige Phänomene soziologisch ernst genommen werden können, ohne den Gegenstand dabei hinter normativen Idealisierungen verschwinden zu lassen, ist die hier unternommene Aufgabe einer *Soziologie der Deliberation*.

Spätestens an diesem Punkt liegt der Einwand nahe, dass in Gestalt der *Theorie des kommunikativen Handelns* (TkH) von Jürgen Habermas längst ein Theorieangebot vorliegt, das diesen Herausforderungen gewachsen ist. Was läge näher, als in den praktischen Deliberationen im Rahmen deliberativer Verfahren oder der breiteren Öffentlichkeit Fälle kommunikativen Handelns zu erkennen und dadurch einen klaren sozialtheoretischen Zugriff auf den Gegenstand zu gewinnen? Wo sonst wird derart konsequent auf der gesellschaftsstrukturellen Relevanz von Rationalität beharrt – also ebenjener Thematik, für die der Soziologie hier mangelndes Problembewusstsein unterstellt wurde? Doch so einfach liegt der Fall nicht. Die Theorie ist mit einer Reihe von Problemen belastet, die ihre soziologische und forschungspraktische Eignung infrage

- 1 Gegen die voreilige Behauptung, dass diese Themen normativ engagierte- ren Nachbarwissenschaften überlassen werden könnten, kann vielleicht der Hinweis schützen, dass es mindestens eine Öffentlichkeit gibt, deren Rationalität der Soziologie nicht gleichgültig sein kann und bei der zum Vokabular der Rationalität keine adäquate Alternative besteht: ihre eigene Fachöffentlichkeit (so auch Bourdieu 1998; Bourdieu et al. 2011). Insbesondere in der Wissenschaftssoziologie ist aufgefallen, dass geltungsindifferente Beschreibungen und Erklärungen von Erkenntnisprozessen (etwa O'Neill 1972) nicht zu weit getrieben werden können, ohne dabei der Soziologie selbst den Boden unter den Füßen wegzuziehen (vgl. Bloor 1998; Collins/Yearley 1992; Fuller 1995; Kemp 2005). Aber insofern das Verbot der Selbst-Exemption ein grundlegendes Prinzip der Konstruktion allgemeiner Theorien ist, deutet sich an, dass die Soziologie die spezifische Rationalität begründender Kommunikation *systematisch* theoretisch berücksichtigen muss (so schon Garfinkel 1960).

stellen. Ein erstes gegenstandsbezogenes Indiz für diese Einschätzung ist, dass die Habermas'sche Theorie zwar massiv von Deliberationstheorie und -forschung in Anspruch genommen wird, sie in diesem Kontext aber fast exklusiv als eine *Legitimitätstheorie* rezipiert wird. Sie dient der moralischen *Begründung* deliberativer Demokratie und in Form der Diskursethik als Maßstab der *Bewertung* empirischer Kommunikation, wird aber gerade nicht in Anspruch genommen, um das Problem der sozialtheoretischen Gegenstandsbestimmung zu lösen. Hinter dieser offensichtlichen, aber selten begründeten Selektivität der Bezugnahme stehen reale Probleme der Habermas'schen Theorie. Konfrontiert mit der scheinbar trivialen Problemstellung, Wirkungsweise und Wirkungschancen kommunikativen Handelns in politischer Deliberation empirisch zu bestimmen, zeigen sich fundamentale handlungstheoretische Unklarheiten der TkH. Es spricht sogar einiges dafür, dass der formalistische Zug der empirischen Deliberationsforschung nicht zuletzt ein *Effekt* des tief in die Habermas'sche Handlungstheorie eingelassenen Transzendentalismus ist.

Eine derartige Einschätzung dürfte zunächst jene in Ihrer Ansicht bestärken, die in der Theorie des kommunikativen Handelns immer schon ein primär moralisches Unterfangen im Gewand der soziologischen Handlungstheorie gesehen hatten. Ihre diskursethische Verkürzung durch die Deliberationsforschung wäre dann nur ihre konsequente Umsetzung. In Teilen der Soziologie scheint sich jedenfalls – ob nun aus diesem Grund oder im Fahrwasser einer allgemeinen Rationalitäts-skepsis – die Meinung durchgesetzt zu haben, es genüge für die Auseinandersetzung mit Habermas, einige wohlbekannte Standardeinwände zu zitieren und sich vermeintlich ›soziologischeren‹ Autoren zuzuwenden. So droht der Soziologie einer ihrer originellsten und vielseitigsten Theoretiker abhandenzukommen und eine der faszinierendsten handlungstheoretischen Rationalitätstheorien – Hans Joas spricht von der »kühnsten Rationalitätskonzeption unserer Zeit« (1992: 215) – in Vergessenheit zu geraten. Damit verliert die Soziologie aber auch konzeptuelle Ressourcen, um bestimmte Phänomene – und empirische Deliberation ist nur ein Beispiel – überhaupt fassen und soziologisch behandeln zu können. Hier ist der Einschätzung von Kieserling beizupflichten, die Theorie von Habermas sei »zu wichtig, als daß man sie den Philosophen überlassen könnte«, und zwar auch und »gerade dort, wo das soziologische Interesse normalerweise erlahmt« (Kieserling 2004a: 127).

Deshalb ist die *Theorie des kommunikativen Handelns* immer noch der beste Ausgangspunkt einer Soziologie der Deliberation. Unsere Problemstellung kann also (auch) als Versuch verstanden werden, den handlungstheoretischen Faden der TkH wiederaufzunehmen und für eine Soziologie der Deliberation fruchtbar zu machen. Es geht dabei nicht um eine auf Konsistenz zielende Werkinterpretation oder gar eine Fahndung

nach den Intentionen eines Autors, sondern darum, das analytische Potenzial der Theorie für die Lösung soziologisch bisher nur unbefriedigend oder gar nicht bearbeiteter Probleme zu entfalten. Es ist keine Arbeit *über*, sondern eine Arbeit *mit* Habermas an einem soziologisch relevanten Problem – und die Problemstellung erfordert in vielen Fällen nicht nur *mit*, sondern auch *gegen* Habermas zu denken, um in den Grundbegriffen angelegte Theoriechancen gegen ihren Autor zu verteidigen.

Ihrer methodischen Anlage nach ist es ferner der Ehrgeiz der Untersuchung, nicht nur zu behaupten, sondern auch an ihrem Gegenstand zu zeigen, dass die für eine wirklichkeitswissenschaftliche Soziologie interessanten Fragen immer gleichzeitig konzeptueller und empirischer Natur sind. Gerade an konkreten Problemen der sozialwissenschaftlichen Forschungspraxis zeigt sich die Relevanz von Grundlagenproblemen. Scheinbar technische, ›forschungshandwerkliche‹ Fragen der empirischen Messung von Deliberation verweisen auf sozialtheoretische Unklarheiten, deren Exploration neue Fragen und theoretische Optionen erschließt. Sie beginnt daher auf der Ebene der empirischen Forschung zu deliberativer Demokratie und gewinnt aus ihren Anwendungsproblemen die handlungstheoretische Problemstellung, deren Ausarbeitung zu den Grundlagen einer Soziologie der Deliberation führt.

Diese Problemstellung gilt es freilich zunächst zu entwickeln. Im *ersten Kapitel* der Arbeit wird die deliberative Demokratietheorie und die an sie anschließende sozialwissenschaftliche Deliberationsforschung vorgestellt. Die Deliberationsforschung liefert unserer Untersuchung einen klar umgrenzten Bewährungskontext, an dem sich die Konsequenzen der konstruktiven Theorieentwicklung auf dem Weg zu einer Soziologie der Deliberation unmittelbar verdeutlichen und prüfen lassen. In dem Kapitel wird die Legitimitätstheoretische Relevanz der Habermas'schen Theorie für die Deliberationsforschung nachgewiesen und ein handlungstheoretisches Defizit markiert. Es lässt sich zeigen, dass sich in der empirischen Forschung Probleme zeigen, die nicht durch weitere Forschung, sondern nur durch eine Änderung ihrer theoretischen Grundlagen zu lösen sind. An ihr lässt sich auch das vorläufige Scheitern der TkH an ihrer empirischen Anwendung zeigen. Die TkH ist, in der von Habermas ausgearbeiteten Form, keine hinreichend bestimmte explanative Handlungstheorie.

Um der Theorieentwicklung eine über diesen empirischen Bewährungskontext hinausweisende Richtung zu geben, sind die Schwierigkeiten der empirischen Deliberationsforschung allerdings zu speziell. Die handlungstheoretische Grundproblematik ergibt sich erst in klarer Form, wenn von der Anwendungsproblematik der TkH in speziellen Kontexten auf die *Kontextdependenz kommunikativer Rationalität im Allgemeinen* abstrahiert wird. Das Grundsatzproblem, das hinter

der Frage nach der explanativen Leistungsfähigkeit einer Theorie kommunikativer Vernunft steht, ist das Verhältnis kommunikativer Rationalität und gesellschaftlicher Heterogenität. Dieses Verhältnis ist in den Debatten zu Multikulturalismus, Kommunitarismus und Postmoderne bereits ausführlich thematisiert worden – und zwar insbesondere unter *ethischen* Gesichtspunkten. Bedauerlicherweise hat die aus diesem Zugriff resultierende moralisierende Gegenüberstellung von ›Konsens‹ und ›Vielfalt‹ dazu beigetragen, die eigentlichen sozialtheoretischen Probleme zu verdecken.² Die »Einbeziehung des Anderen« (Habermas 1996a), also Kommunikation unter Bedingungen kultureller Differenz, ist aus Sicht der soziologischen Handlungstheorie jedoch zunächst kein moralisches, sondern ein sozialtheoretisches Problem. Der Frage nach dem richtigen Umgang mit kultureller Differenz ist die Annahme vorgelagert, dass sich überhaupt eine handlungstheoretisch adäquate Beschreibung von Situationen geben lässt, in denen Menschen mit der Heterogenität ihrer Perspektiven, der Unterschiedlichkeit ihrer Gründe und der kontextuell differierenden Überzeugungskraft ihrer Argumente konfrontiert sind. Wenn die TkH zu Recht Anspruch auf den Status einer allgemeinen Handlungstheorie erhebt, darf man von ihr also nicht nur normative *Ansichten*, sondern auch empirische *Einsichten* zum Phänomen interkultureller Kommunikation erwarten. Das *zweite Kapitel* diskutiert daher das Verhältnis (politischer) Differenz und kommunikativer Vernunft. Dafür erfolgen eine kritische Analyse der radikal pluralistischen Ansätze von Lyotard und Mouffe sowie eine Auseinandersetzung mit Richard Rortys und Nancy Frasers Einwänden. Im Durchgang durch die Kritik offenbaren sich Schwächen einer radikal differentialistischen Theorieanlage, es zeigen sich aber auch, insbesondere im Zuge der neopragmatistischen Kritik, Möglichkeiten, die kommunikative Vernunft stärker zu ›soziologisieren‹. Aus diesen ersten beiden Kapiteln ergibt sich die duale Problemstellung, die den konstanten Referenzpunkt der Untersuchung bildet. Erstens ist nach Möglichkeiten zu fragen, wie die TkH im Sinne eines empirischen und explanativen Programms weiterentwickelt werden kann. Zweitens muss das Verhältnis kommunikativer Rationalität zur Heterogenität der Gesellschaft beleuchtet werden.

- 2 Der Vorwurf der ›Differenzblindheit‹ ist zu einer zentralen Abwehrformel gegen eine soziologische Verwendung des Begriffs der Rationalität im Allgemeinen und die Habermas'sche Theorie im Besonderen geworden, insofern unter dem Anspruch auf Rationalität verdeckte Parteilichkeiten vermutet werden. Als Variation auf dasselbe Thema findet sich in der Deliberationsdebatte der Vorwurf, dass die Habermas'sche Theorie mit unrealistischen Konsenserwartungen belastet sei und deshalb für die Beschreibung von Politik in einer kulturell heterogenen Gesellschaft nicht nur deskriptiv ungeeignet, sondern auch normativ abzulehnen sei.

Das *dritte Kapitel* rekonstruiert die Habermas'sche TkH mit Bezug auf die Differenzproblematik. Im Fokus steht dabei die *handlungskoordinierte Funktion* des kommunikativen Handelns, wobei gezeigt wird, dass die bindende Wirkung kommunikativer Akte letzten Endes mit Bezug auf die Habermas-Mead'sche Theorie *personalen Identität* zu klären ist. Im *vierten Kapitel* wird davon ausgehend der formensoziologische Entwurf einer Soziologie der Deliberation vorgestellt. Dabei werden mit *Argumentation* und *Verständigung* zwei Formen kommunikativer Handlungskoordination herausgearbeitet und in ihren pragmatischen Bezügen zur kulturellen Lebenswelt analysiert. Im Zuge dessen werden wichtige Ziele der im engeren Sinne handlungstheoretischen Aufgabe erreicht: die explanative Relevanz kommunikativer Rationalität zu verdeutlichen, die Wirkungsweise des ›zwanglosen Zwangs‹ guter Gründe zu klären und die Bedingungen ihrer empirischen Wirkung konzeptuell zu fassen.

Damit ist die Untersuchung jedoch noch nicht an ihr Ende gelangt. Die in der Theorieentwicklung über gegenstandsbezogene Kritik angelegte Dramaturgie erfordert, am Gegenstand selbst zu zeigen, inwiefern das, was vorher rätselhaft und unklar war, durch die theoretische Innovation erschlossen werden kann. Deshalb findet die Untersuchung ihren Abschluss in der Rückkehr zur Ausgangsproblematik: der empirischen ›Unerforschlichkeit‹ der Deliberation. Auf Basis der handlungstheoretischen Grundlagen der Soziologie der Deliberation wird im *fünftten Kapitel* eine *Soziologie deliberativer Verfahren* ausgearbeitet, deren empirisch-heuristisches Potenzial hinreicht, um bekannte Befunde der Deliberationsforschung neu – und vielleicht besser – zu interpretieren und eine alternative Bestimmung des normativen Sinns deliberativer Verfahren vorzunehmen.

Die zwischen Kapitel vier und fünf eingeschobene allgemeine theoretische Betrachtung skizziert forschungsprogrammatische Möglichkeiten einer Soziologie der Deliberation, so dass jenseits der speziellen Thematik politischer Deliberation auch allgemeine theoretische Entwicklungspotenziale deutlich werden können. Die Teile bilden einen kontinuierlichen Argumentationszusammenhang, sind aber auch einzeln lesbar. Ihrem Anspruch nach ist kommunikative Rationalität dabei nicht nur ein Thema, sondern auch das Medium der Untersuchung. Wenn es ihr gelingen sollte, die eine oder andere Meinung zu ändern, Perspektiven zu verschieben oder bestimmte Dinge in neuem Licht erscheinen zu lassen, dann bedient sie sich dabei jenes ›zwanglosen Zwangs guter Gründe‹, der gleichzeitig ihr Gegenstand ist.